

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Wochen verbreiteten verschiedene Medien den Eindruck, die von elf europäischen Staaten anvisierte Finanztransaktionssteuer stünde kurz vor dem Aus oder würde bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Dies ist so nicht richtig: Tatsächlich wurde noch kein einziger Beschluss gefasst, den aktuellen Richtlinienentwurf zu verändern. Alle Meldungen behandelten bisher unverbindliche Überlegungen. Allerdings ist der Widerstand gegen die Steuer in den letzten Wochen stark gewachsen und sehr ernst zu nehmen.

Das Europaparlament hat Anfang Juli eine Resolution zur Finanztransaktionssteuer verabschiedet, die verschiedene Änderungen am Richtlinienentwurf empfiehlt (Bewertung weiter unten). Daraus und aus der Reaktion von EU-Steuerkommissar Semeta lässt sich ersehen, wo Verwässerung im Kleinen droht.

Doch leider stehen die Steuerpläne auch im Großen in der Kritik. Aus Frankreich gibt es weiter widersprüchliche Signale: So wird aus internen Dokumenten ersichtlich, wie hartnäckig französische Beamte die Finanztransaktionssteuer hintertreiben. Andererseits bekannten sich der französische Finanzminister und andere französische Sozialisten erst kürzlich wieder zu einer breit angelegten Steuer. Anscheinend findet ein verbittertes Tauziehen hinter den Kulissen statt.

Der starke Gegenwind unterstreicht einmal mehr, wie wichtig Druck aus der Zivilgesellschaft und damit unsere Kampagne auch weiterhin ist.

Wir weisen in dieser Sommer-Doppelausgabe besonders auf das neue Kampagnen-Gutachten "[Schadensmeldungen](#)" zu den Auswirkungen der Eurokrise auf die Entwicklungsländer hin sowie auf die neue [Studie des WIFO-Instituts](#), welche neue Einwände gegen die Steuer entkräftet und neue Vorschläge zum Steuerdesign macht.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Resolution des Europaparlaments
- Neue Studien und Stellungnahmen
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

Juli:

31. Juli: Das [World Future Council](#) hebt in der taz die positiven Aspekte der Finanztransaktionssteuer für die Realwirtschaft hervor.

29. Juli: Wieder einmal greift eine Studie der Finanzlobby, diesmal des [Deutschen Aktieninstituts](#), die Finanztransaktionssteuer an und wird von den Medien weitgehend unkritisch wiedergegeben.

12. Juli: Das [Neue Deutschland](#) kommentiert wohlwollend die neue Studie der Kampagne zu den Auswirkungen der Eurokrise auf die Entwicklungsländer.

11. Juli: [Drei Viertel der Deutschen](#) sprechen sich laut einer von Oxfam in Auftrag gegebenen Umfrage dafür aus, die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für Entwicklungshilfe zu verwenden.

2. Juli: [SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück](#) fordert die rasche Einführung der Finanztransaktionssteuer, um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen.

Juni:

28. Juni: Bundesbankpräsident [Jens Weidmann](#) kritisiert (wieder einmal) die Finanztransaktionssteuer, denn sie gefährde Repogeschäfte und damit den ohnehin schon angeschlagenen Interbankenmarkt.

26. Juni: [World Vision Deutschland](#) wird die 99. Mitgliedsorganisation der Kampagne Steuer gegen Armut.

26. Juni: Das [Bundeskabinett](#) stellt den Haushaltsentwurf für 2014 und den Finanzplan bis 2017 vor. Ab 2015 sind zwei Milliarden Euro aus einer Finanztransaktionssteuer eingeplant, für 2014 keine Einnahmen.

17. Juni: Grünen-Europaparlamentarier [Sven Giegold](#) sieht die Finanztransaktionssteuer in Gefahr und ruft die Zivilgesellschaft zur Gegenwehr auf.

14. Juni: Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) will bei der Finanztransaktionssteuer die Interessen von Investoren im Auge behalten.

11. Juni: Die [SPD-Fraktion](#) will Bankenhilfen aus dem ESM nur an Staaten mit einer Finanztransaktionssteuer vergeben.

6. Juni: Der Wiener Ökonom [Stephan Schulmeister](#) weist in der taz die konzertierten Attacken der Finanzlobby zurück, die sich insbesondere an der Besteuerung von Repo-Geschäften aufhängen.

3. Juni: Die [FAZ](#) stellt dar, welche Ausnahmen am Steuerdesign unter den elf teilnehmenden Staaten diskutiert werden.

3. Juni: Die [Entwicklungshilfeminister von Deutschland, Belgien und Frankreich](#) sprechen sich in Gastbeiträgen dafür aus, die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zu Teilen für Entwicklungshilfe einzusetzen.

Entwicklungen im Ausland:

Juli:

25. Juli: Ein [Ausschuss des britischen Parlaments](#) ruft die britische Regierung dazu auf, die Finanztransaktionssteuer als Mittel gegen Hochfrequenzcomputerhandel zu untersuchen.

17. Juli: Der Kreistag des britischen [Nottinghamshire](#) spricht sich für eine Finanztransaktionssteuer aus.

16. Juli: Die Finanztransaktionssteuer soll nach dem Willen der [französischen Regierung](#) auch für Devisentransaktionen gelten.

11. Juli: "Frankreich sabotiert die Finanztransaktionssteuer": Gastbeitrag von Dominique Plihon (Attac Frankreich) und Peter Wahl (WEED) in der Zeitung [Le Monde](#).

11. Juli: Der französische Finanzminister [Pierre Moscovici](#) greift die Pläne zur Finanztransaktionssteuer scharf an.

8. Juli: Der Stadtrat von [Edinburgh](#) spricht sich für eine Finanztransaktionssteuer aus.

4. Juli: Der Berichterstatter der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament, [Othmar Karas](#), ist entschieden gegen "nationales Draufsatteln bei den Steuersätzen der Finanztransaktionssteuer".

3. Juli: Das [Europäische Parlament](#) unterstützt die Pläne zur Finanztransaktionssteuer, fordert aber etliche Änderungen.

2. Juli: Anlässlich der Debatte im Europaparlament deutet EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) mögliche Ausnahmen in spezifischen Teilmärkten an.

Juni:

27. Juni: Österreichs Kanzler [Werner Faymann](#) ist sich sicher, dass die Finanztransaktionssteuer 2014 kommen wird.

21. Juni: [Hochfrequenzcomputerhandel](#) schadet mehr, als das er nützt. Dies gilt selbst für harmlosere Varianten, folgern Ökonomen der Universität Michigan. Dies Ergebnis spricht für die Finanztransaktionssteuer.

20. Juni: 73 Prozent der Befragten begrüßt laut einer [Umfrage der Fondsindustrie](#) (!) die Finanztransaktionssteuer. Der Fondsverband BVI versucht daher, die Steuer durch Ausnahmen für Kleinanleger zu durchlöchern, was die Zeitung "Die Welt" genauer analysiert.

18. Juni: Die [britischen Liberaldemokraten](#) sollen durch eine von der Labour-Partei eingebrachte Entschließung unter Druck gesetzt werden, sich zugunsten einer weltweiten Finanztransaktionssteuer auszusprechen und dafür u.a. in den USA zu werben. Doch der Versuch [scheitert](#).

18. Juni: Der [Ausschuss für Wirtschaft und Währung](#) im Europaparlament beschließt den Entwurf einer Resolution zur Finanztransaktionssteuer, die im Juli im Parlament abgestimmt werden soll.

10. Juni: Die [EU-Kommission](#) widerspricht Berichten, nach denen die Finanztransaktionssteuer aufgeweicht würde: "Wir haben nicht mal angefangen auf politischer Ebene zu verhandeln. Daher ist bisher auch nichts verwässert worden", so EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta. Und [ergänzt](#): "Ich verstehe, dass es Gerüchte gibt – wir haben es im Bereich der Banken und Finanzinstitutionen schließlich mit der wohl mächtigsten Lobby der Welt zu tun".

6. Juni: Der Berichterstatter der konservativen EVP-Fraktion im Europa-Parlament, [Othmar Karas](#) aus Österreich, bringt mehrere Änderungsanträge zum Richtlinienentwurf für die Finanztransaktionssteuer ein.

5. Juni: [Brasilien](#) weicht seine Finanztransaktionssteuer auf.

Resolution des Europäischen Parlaments zur Finanztransaktionssteuer

Das Europaparlament (EP) hat am 3. Juli mit großer Mehrheit (dafür: 522, Gegenstimmen: 141, Enthaltungen: 42) eine Entschließung zur „[Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#)“ beschlossen. Die Abstimmung hat sehr widersprüchliche Reaktionen hervorgerufen. Während es einerseits hieß, dass das Projekt „angesichts massiver Kritik von Banken und wachsender Bedenken in den beteiligten Euro-Staaten stark eingedampft würde“ (FAZ), erklären z.B. MEPs, die die Finanztransaktionssteuer unterstützen, das Parlament habe „die Steuer vor den Lobbyisten gerettet.“

Richtig ist, dass das EP nicht alle Forderungen der Finanzindustrie erfüllt hat. Ja, mehr noch: in einigen Punkten ist das EP über den Entwurf der Kommission hinausgegangen und fordert z.B., dass auch Devisenspottransaktionen (de facto Devisenhandel in Cash) besteuert werden. Das ist auch eine Forderung der Zivilgesellschaft. Auch hält das EP an den Maßnahmen gegen Steuerumgehung und -hinterziehung fest und möchte sie sogar noch verschärfen. Andererseits ist das EP der Finanzindustrie durchaus entgegengekommen und befürwortet jetzt Ausnahmen von der Besteuerung – wenn auch im Ausmaß begrenzter als die Lobby das wollte. Das betrifft vor allem die der Finanzindustrie wichtige Bereiche Pensionsfonds, Market Maker und Repo-Geschäfte.

Der Beschluss des EP hat keine bindende Wirkung, sondern nur politischen Symbolcharakter. Dennoch ist er ein Signal, dass die Tür zu Kompromissen und damit auch zu Verwässerung jetzt auch beim EP offen ist. Es entsteht eine Dynamik: Wenn schon das EP, das einer der stärksten Befürwortern der FTS ist, auf die Banken und Fonds zugeht, dann werden die Regierungen das noch ein deutliches Stück weiter tun können. Angesichts der Kräfteverhältnisse in den Regierungsverhandlungen sind die Verschärfungen durch das EP demgegenüber realpolitisch irrelevant.

Für die Zivilgesellschaft besteht nach dieser EP-Entscheidung kein Anlass zur Euphorie, auch wenn der Finanzlobby der große Durchbruch damit nicht gelungen ist. Die wichtigere Arena sind die Verhandlungen der Regierungen. Und hier muss der Druck von unten deutlich stärker werden, wenn wir verhindern wollen, dass die Lobby den Brückenkopf, den sie im EP erobert hat, noch weiter ausbaut.

Hier die vollständige Stellungnahme der Kampagne: "Kein Triumph der Finanzlobby, aber auch kein Anlass für Euphorie bei Befürwortern der FTS" mitsamt den wichtigsten vom EP beschlossenen Änderungsvorschlägen:

http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Ausland/EU/2013/130705_Stellungnahme_zu_EP-Beschluss.pdf

Weitere lesenwerte Kommentare stammen von [Sven Giegold](#) (MdEP, Grüne) und [Axel Troost](#) (MdB, Linke).

Replik von EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta

In der Parlamentsdebatte am 2. Juli, welche der Abstimmung zur Resolution vorausging, ging EU-Steuerkommissar Semeta auf einzelne Forderungen ein. Seine Meinung dürfte auch die aktuellen Debatte auf Regierungsebene reflektieren und deswegen anzeigen, in welche Richtung die weiteren Verhandlungen gehen könnten. Allerdings muss Semeta dabei sehr vorsichtig sein und sich daher auf kleinere Änderungen beschränken.

In Stichpunkten die wichtigsten Aussagen von Semeta:

- keine Besteuerung von Devisentransaktionen aus rechtlichen Gründen;
- keine Kopplung der Rechtskraft einer Transaktion an Zahlung der Steuer aus rechtlichen Gründen;

- vorübergehend reduzierter Steuersatz für Pensionsfonds und Staatsanleihen sollte in Betracht gezogen werden, aber keine generelle Ausnahme;
- sieht Probleme bei Übertragungen innerhalb einer Gruppe;
- sehr vage: Behandlung spezifischer Akteure muss analysiert und mit Vorsicht behandelt werden;
- wegen Abgrenzungsproblemen kritisch gegenüber der Ausnahme von Market Makern;
- Nicht-Finanzunternehmen, die unterhalb eines Schwellenwerts von der Steuer ausgenommen sind, könnten anders abgegrenzt werden.

Zur Rede von Semeta (und anderen Redebeiträgen von Europaparlamentariern):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20130702+ITEM-018+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Neue Studien und Stellungnahmen

„Schadensmeldungen! Auswirkungen der Eurokrise auf die Entwicklungsländer“. Gutachten von Peter Lanzet im Auftrag von „Steuer gegen Armut“

Die Kampagne legt ein Gutachten zu den finanziellen Auswirkungen der Eurokrise auf die Entwicklungsländer vor. Laut Gutachten haben die Finanzkrise und die daran anschließende Euro-Krise in den Entwicklungsländern erhebliche Schäden angerichtet. Anhand umfangreicher statistischer Daten über Handel, Investitionen und Finanzbeziehungen zwischen der Eurozone und den Entwicklungsländern weist Gutachter Peter Lanzet, ein Experte für Entwicklungsfinanzierung beim Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung, nach, dass diesen Ländern durch die Krise allein im Jahr 2012 ein Wachstumsverlust von 237 Milliarden US-Dollar entstanden ist. Auch die Entwicklungshilfe sinkt infolge der Krise. Je enger Entwicklungsländer wirtschaftlich mit Europa verbunden sind, desto größere Schäden hat die Krise bei ihnen angerichtet.

Europa ist deswegen verpflichtet, Schadensersatz zu leisten und einen Teil der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer gegen die Armut in Entwicklungsländern und den Klimawandel zu verwenden.

Zum Gutachten:

<http://tinyurl.com/Lanzet-Gutachten>

Stephan Schulmeister & Eva Sokoll: "Implementation of a Financial Transaction Tax by a Group of EU Member States. Estimation of Relocation Effects, of the Size and Distribution of Revenues and of the First-mover Advantage of the Participating Countries"

Das Wiener WIFO-Institut hat eine vom österreichischen Finanzministerium beauftragte Studie zur Einführung der Finanztransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit herausgebracht, in der es sich auch mit neuen Gegenargumenten (Ausnahme für Repos etc.) auseinandersetzt. Es wird gezeigt, dass die zuletzt von Goldman Sachs und anderen Akteuren vorgebrachten Einwände gegen dieses Konzept an gravierenden methodischen Mängeln leiden. Besondere Aufmerksamkeit wird dem möglichen Missbrauch von Londoner Tochtergesellschaften als Vehikel zur Steuerhinterziehung gewidmet. Wenn diese als Teil ihrer Muttergesellschaft behandelt und daher besteuert würden, resultierten daraus für die an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden elf Staaten geschätzte Einnahmen von 66 Mrd. €. Dies ist mehr, als von der EU-Kommission für die gesamte EU 27 geschätzt wurde. Rund ein Viertel dieser Einnahmen würden von Transaktionen in Nordamerika und Asien stammen. Wenn Londoner Tochtergesellschaften als britische Finanzinstitute behandelt werden, würden

die Steuereinnahmen dagegen nur 28 Mrd. € betragen. Der Unterschied wäre besonders für jene Länder gravierend, deren Banken in großem Ausmaß Niederlassungen in London betreiben - wie Deutschland und Frankreich.

Zur Studie (in Englisch):

http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?content-id=1298017551022&publikation_id=46864&detail-view=yes

Stephan Schulmeister hat sich außerdem in der taz in Kurzform mit der neuen Gegenoffensive der Finanzlobby auseinandergesetzt:

<http://www.taz.de/!117567/>

EU-Kommission: "Wie die Finanztransaktionssteuer in bestimmten Fällen wirkt und andere Fragen und Antworten"

Die EU-Kommission hat eine Übersicht zu zentralen Fragen der Finanztransaktionssteuer erstellt und zwar in einer Sprache, die zwar recht trocken ist, aber auch von Nichtexperten verstanden wird. Ein Großteil der Antworten legt dar, welche Transaktionen steuerpflichtig sind und welche nicht. Außerdem widmet sich besonderer Augenmerk der Frage, wie der Steueranspruch durchgesetzt werden kann.

Zur Übersicht "How the FTT works in specific cases and other questions and answers":

http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Ausland/EU/2013/1306_EU_Commission_Q_A.pdf

Kampagnenaktivitäten

Positionspapier der Kampagne zu neuen Argumenten zu "schädlichen Auswirkungen" der Finanztransaktionssteuer

In der massiven Lobbykampagne der vergangenen Wochen kamen neben altbekannten Propaganda-Argumenten wie dem "Kleinsparer" auch zwei neue Argumente zum Einsatz: die unverhältnismäßig hohe Belastung durch die Steuer und die angeblich so wichtige Rolle der Repo-Geschäfte. Großen Anteil daran hatte eine Studie von [Goldman Sachs](#), welche für die großen europäischen Banken eine Steuerlast von 170 Mrd. Euro berechnet. Dies fußt aber auf der absurden Behauptung, dass sich das Verhalten der Banken durch die Steuer nicht ändern würde. Doch de facto würde ein Großteil der extrem kurzfristigen Transaktionen dann gar nicht mehr getätigt. Eine große Rolle spielen dabei die sogenannten Repogeschäfte, d.h. mit Wertpapieren besicherte Darlehen von meist sehr kurzer Laufzeit, die in enormem Ausmaß zwischen Banken abgeschlossen werden. Diese Repogeschäfte sind jedoch aus Gründen der Finanzstabilität von sehr zweifelhafter Bedeutung, wie unlängst [Stephan Schulmeister](#) genauer dargelegt hat.

Zum Positionspapier (Autor: Peter Wahl, WEED):

http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Wissenschaft/2012/Factsheet_zu_Repos.pdf

Pressemitteilungen

27. Juni: Zivilgesellschaft fordert Regierungschefs zu Konsequenz auf: "Lasst euch bei der Finanztransaktionssteuer nicht von der Finanzlobby über den Tisch ziehen!"

Pressemitteilung anlässlich des offenen Briefs von 351 Organisationen der Zivilgesellschaften an die Staats- und Regierungschefs, der zur Einführung einer breit gefassten Finanztransaktionssteuer aufruft. Zudem fordern die Organisationen, die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zur Bekämpfung internationaler und nationaler Armut sowie den Schutz von Klima und Umwelt einzusetzen.

Der Brief im Wortlaut mit Unterzeichnerliste: <http://tinyurl.com/Brief-der-351>.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

11. Juli: Gutachten des Bündnisses "Steuer gegen Armut": Euro-Krise trifft Entwicklungsländer schwer. Teil der Einnahmen aus Finanztransaktionssteuer für Entwicklung und Umwelt verwenden!

Pressemitteilung zur Veröffentlichung des neuen Kurzgutachtens der Kampagne "Schadensmeldungen. Auswirkungen der Eurokrise auf die Entwicklungsländer".

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.